

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Dresden.
Vertriebspreis: 25 Pf.
Zur Zeit: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise:

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mühlentor 38/40.
Trach u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unautorisierte Schreiftische werden nicht aufbewahrt.

Kempner berichtet dem Reichstabinett.

Belgien und Italien lehnen die Beteiligung an der Ostgarantie ab.

Ökeners Beforgnisse um die Zukunft der Luftschiffswerft Friedrichshafen. — Noch keine Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Eine Ministerbesprechung am Dienstag-Abend.

Berlin, 13. Oktober. Heute Abend, um 8 Uhr, findet eine Ministerbesprechung der in Berlin anwesenden Reichsminister statt, in deren Mittelpunkt der Vortrag des Staatssekretärs Kempner über den Stand der Verhandlungen in Locarno steht. Dr. Kempner trifft um 8 Uhr hier ein. Er ist gestern Abend 10 Uhr von Locarno abgefahren und legt den zweiten Teil der Reise mit dem Flugzeug zurück.

Der Beschlus, ihn zur Berichterstattung nach Berlin zu laden, ist gestern Abend 8 Uhr gefasst worden. Staatssekretär Kempner ist für morgen früh zur Berichterstattung beim Reichspräsidenten v. Hindenburg geladen. Hindenburg hat sich heute früh nach Bad Kösen begeben, um an der Beerdigung seiner Schwägerin, Frau v. Manstein, teilzunehmen. Der Reichspräsident wird erst heute am späten Abend nach Berlin zurückkehren.

Wann Staatssekretär Kempner nach Locarno zurückreisen wird, ist im Augenblick noch nicht bestimmt. Was seine Reise nach Berlin betrifft, so wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß es sich nicht um entscheidende Beschlüsse handelt, die in Berlin gefasst werden sollen, oder gar, daß er eine Art Ultimatum überbringt. Ein mündlicher Bericht sei von vornherein in Aussicht genommen gewesen. Augenblicklich sei der geeignete Zeitpunkt dafür, da die Verhandlungen der letzten Tage in Locarno eine klare Bild über die zur Beratung stehenden Fragen ergeben hätten.

Eine endgültige Lösung der Völkerbundsfrage ist noch nicht erfolgt, nur eine Annäherung der Gegenseite an den deutschen Standpunkt, die die Möglichkeit eröffnet, auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu kommen. Noch weniger ist eine Entscheidung in der Frage der Ostgarantie gefallen. Hier kann im Gegenteil von einer gewissen Verfestigung der Lage gesprochen werden. Die Frage der Ostgarantie wird noch mannigfache Schwierigkeiten bereiten.

Darüber, daß Staatssekretär Kempner mit den Parteiführern, besonders mit den Deutschnationalen, über die Konferenzfrage eine Aussprache haben werde, ist weder an amtlicher Stelle, noch in den Kreisen der Parteiführer, etwas bekannt.

Die Besprechungen am Dienstag vormittag in Locarno.

Von unserem Sonderberichterstatter.
Berlin, 13. Oktober. Die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem Grafen Skrzynski am Dienstag vormittag dauerte über eine Stunde. Nach Beendigung der Besprechungen wurde von polnischer Seite offiziell erklärt, daß die Besprechungen einen günstigen Verlauf genommen und bewiesen hätten, daß eine deutsch-polnische Verständigung über einen Ostpakt möglich sei.

Die Besprechungen zwischen Ministerialdirektor Dr. Gauß und dem tschechischen Sachverständigen Dr. Kretschmar dauerten etwa 1 1/2 Stunden. Für den weiteren Verlauf des Tages ist eine Zusammenkunft zwischen von Schuber und Hertelot vorgesehen. Am Nachmittag 5 Uhr wird eine Vollkonferenz stattfinden. Ursprünglich war allerdings von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden, die Besprechung in persönlicher Führung nachzufolgen. — Gegen 13 Uhr begann eine Vollführung der juristischen Sachverständigen.

Die in Locarno eingetroffene Saardelegation

unter Führung des Kommerzienrats Köhling hat sich heute vormittag in das Hotel Eplanade begeben, wo sie vom Außenminister Dr. Stresemann empfangen werden sollte. Wegen der Zusammenkunft Dr. Stresemanns mit dem Grafen Skrzynski mußte diese Begegnung verschoben werden. Ueber die Stellung der Saardelegation erfahren wir von unterrichteter Seite, daß es sich bei ihrer Anwesenheit in Locarno um eine Fühlungsnahme mit den maßgebenden Mitgliedern der deutschen Delegation handelt, die über die Stimmung und Lage im Saargebiet unterrichtet werden sollte. Bereits im Laufe des letzten Jahres haben sich die Verhältnisse im Saargebiet soweit geändert, daß die Besetzung des Saargebietes für die französische Regierung zu einer schweren Last geworden ist, die sie jährlich etwa 100 Goldmillionen kostet. Die Jahrtausendfeier hat auch für die französische Regierung den Beweis erbracht, daß bei einer Abstimmung im Saargebiet nicht ein Prozent der Saarbewohner seine Stimme für Frankreich abgeben würde.

Je länger die Volksabstimmung hinausgeschoben wird, um so mehr kräftigt sich der nationale Gedanke unter den Saarbewohnern. So ist denn auch in maßgebenden Kreisen des Völkerbundes die Ansicht vertreten, daß Frankreich eine Abstimmung heute nicht mehr riskieren kann, ohne sich der Plamage auszusetzen. Es ist heute bereits so weit, daß die Stimmung im Saargebiet vom französischen Standpunkt aus als eine ernste Gefahr für das benachbarte Elsaß-Vohringen angesehen wird. Doch könne natürlich an eine Lösung der Saarfrage nicht früher herangereitet werden, bevor nicht die Besetzung der Rheinlande in einem für Deutschland günstigen Sinne gelöst ist, da sonst nur allzu leicht das Saargebiet aus dem Regen in die Traufe des Rheinlandregimes kommen würde.

Eine wichtige belgisch-italienische Erklärung.

Desinteressement an den deutschen Verträgen mit Polen und der Tschechi.

Berlin, 13. Okt. Belgien und Italien haben, wie aus Locarno gemeldet wird, folgende Erklärung abgegeben: An dem Abschluß von Schiedsverträgen von Deutschland mit Polen und der Tschecho-Slowakei seien sie in keiner Weise beteiligt oder interessiert. Für sie sei das eine Angelegenheit, die zwischen diesen Ländern allein oder direkt zu erledigen sei. Diese Länder haben sich damit auf den Standpunkt Englands gestellt, das auch keine Garantie oder Bindung für die Ostverträge übernehmen will, außer jener allgemeinen Bindung, die ihm aus seiner Eigenschaft als Völkerbundsmitglied erwachsen wird. Diese allgemeine Bindung wird auch für Belgien und Italien bestehen, sobald erst alle am Pakt von Locarno beteiligten Mächte Mitglieder des Völkerbundes sein werden, denn auch sonst werden ja zwischen einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes Schiedsverträge und andere Abkommen abgeschlossen, an deren Verhandlungen ausschließlich die Kontrahenten teilnehmen. Nur der Abschluß solcher Abkommen wird dann dem Völkerbund notifiziert.

Das ist genau auch der Standpunkt Deutschlands, daß der Abschluß der Ostverträge eine direkte Angelegenheit zwischen ihm und den beiden Nachbarländern sei, während Frankreich bekanntlich aus seinen Sonderverträgen mit Polen und der Tschecho-Slowakei die Verpflichtung ableitet, diese Schiedsverträge zu garantieren. Der Auffassung dieser Frage diene die getriggerte Konferenz des Nachmittags, die gute Fortschritte erzielt hat. England nahm an der grundsätzlichen Erörterung teil, um zu vermitteln. An der Debatte über die Gestaltung der Ostverträge selbst beteiligte es sich nicht.

Kein vorzeitiger Abbruch der Konferenz.

Von unserem Sonderberichterstatter.
Locarno, 13. Okt. Ueber den Schluß der Locarno-Konferenz sind in den letzten Tagen widerwärtige Gerüchte verbreitet worden. U. a. wurde behauptet, daß Briand und Chamberlain durch dringende Geschäfte in ihrer Heimat veranlaßt seien, Locarno bereits am Freitag oder Sonnabend

zu verlassen, und daß daher die Verhandlungen an diesem Termin beendet sein müßten. Wie ausdrücklich versichert wird, besteht auf allen Seiten gleichmäßig der Wunsch, die Verhandlungen in Locarno, wenn möglich, zu einem glücklichen Resultat zu führen, oder, falls dies nicht möglich sein sollte, erst dann abzubrechen, wenn alle Verständigungsmaßnahmen erschöpft sein sollten. Diese Stellungnahme wird nicht nur von der deutschen Delegation, sondern ebenso auch von den Außenministern der alliierten Staaten vertreten. Ein solcher Termin für die Beendigung der Konferenz läßt sich noch nicht nennen, wenn auch andererseits die Hoffnung besteht, bald zu einem Abschluß zu gelangen, denn naturgemäß lehnen sich alle an der Konferenz beteiligten Personen nach den überaus anstrengenden Locarnoer Tagen nach Hause.

Stresemann und Chamberlain Arm in Arm.

Locarno, 13. Okt. Locarno ist die Konferenz der Aneddoten, weil man alles Tatsächliche nach Möglichkeit geheim hält und die Presse darauf angewiesen ist, auch die kleinsten Worte der großen Leute zu beachten, wenn sie immer etwas zu berichten haben wollen. Ebenso, wie nicht alles richtig ist, was an politischer Mäxime aus Locarno berichtet wird, sind natürlich nicht alle Anekdoten wahr. Um so mehr dürfte das nachstehende

keine Momentbild von Interesse sein, das tatsächlich von den beiden Beteiligten erzählt wird, also den Vorzug hat, wahr zu sein. Als vor einigen Tagen die Vollführung im Gerichtsgebäude an Ende war, schritten Chamberlain und Stresemann nebeneinander die breite Freitreppe hinunter, obwohl sonst jede Delegation für sich weggeht. An der Türe nahm Chamberlain Stresemann unter den Arm und sagte zu ihm: „Willen Sie, Dr. Stresemann, jetzt wollen wir den Photographen einmal eine Freude machen.“ Beide Außenminister schritten zusammen die Stufen hinab, Chamberlain mit seinem Arm umschoben bei dem deutschen Außenminister. Es war, als wolle der belgische Außenminister demonstrieren, daß eine gewisse Konstellation, die in den letzten Jahren wie ein Akkordeon über Europa geklappert hat, vorbei sei. Aber leider fiel dieser historische Augenblick fotografisch ins Wasser, denn weder ein Photograph, noch ein Journalist hatten diese Gelegenheit erwischt.

Englische Beschönigungsversuche.

Pressestimmen über Locarno.

London, 13. Oktober. Die Blätter lassen sich übereinstimmend berichten, daß man es in Locarno jetzt als gewiß betrachtet, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten werde. Deutschland habe bisher angeht, seines entwaflneten Zustandes dagegen protestiert, die Verpflichtung, ausländische Truppen durch sein Gebiet marschieren zu lassen, zu übernehmen. Aber jetzt sei eine Formel gefunden worden, wonach der Völkerbund das alleinige Recht haben werde, die militärischen Verpflichtungen, die jeder Staat übernehmen soll, festzusetzen.

„Westminster Gazette“ schreibt, daß, nachdem diese Frage gelöst und wahrscheinlich auch die Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem besetzten Gebiet geregelt ist, nur noch das Problem der deutschen Ostgarantie ungelöst bleibe. In Locarno herrsche großer Optimismus, und man spreche davon, daß die Konferenz in dieser Woche ihre Arbeiten beenden würde. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Locarno berichtet, daß Optimismus über den endgültigen Ausgang der Konferenz sicherlich nicht unter den Delegierten in Locarno vorherrschend sei.

Die britischen, französischen, italienischen und belgischen Delegierten hätten bereits alle in ihrer Macht stehenden Konzessionen gemacht, um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu erleichtern. Aber gegenwärtig könne keine der in Locarno vertretenen Mächte Deutschland eine Garantie geben, daß die Frage des Danziger Korridors unmittelbar nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf das Programm der nächstfolgenden Völkerbundtagung gesetzt werden würde.

Ohne Ausnahme können alle Delegierten mit der deutschen Delegation darin überein, daß die Frage des Danziger Korridors eine Angelegenheit sei. Die erörtert werden müsse. Aber die Alliierten könnten Deutschland nur ein unverbindliches Versprechen in dieser Hinsicht geben, ohne sich selbst durch ein schriftliches Dokument zu verpflichten. Mit Bezug auf die östlichen Verträge kann gesagt werden, daß Polen die Idee ansprechen habe, eine besondere Garantie für Deutschlands Ostgrenzen zu verlangen, und daß Polen mit dem gegenwärtigen Vertrag mit Frankreich befreit sein werde, vorausgesetzt, daß derselbe nicht abgeschwächt würde.

Polen verlange aber immer noch, daß Frankreich im Falle eines Angriffs das Recht haben soll, durch die entmilitarisierte Zone zu marschieren.

Die allgemeine Ansicht in Locarno sei jedoch, daß, wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, die Bestimmungen des Völkerbunds eine genügende Garantie für Polen im Falle eines Angriffs durch einen seiner Nachbarn sein würde.

Dem Art. 16 des Völkerbundsstatuts, der ein so großes Hindernis war für den Eintritt Deutschlands, sei durch die

Juristen eine solche Diegamazeit gegeben worden, daß die Klauseln des Sicherheitspaktes, die sich auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund beziehen, nunmehr unterzeichnet werden können. Mit dem Fortschritt der Sicherheitsverhandlungen, schreibt der „Times“-Korrespondent aus Locarno, wird es immer klarer, wie alle Punkte des Sicherheitspaktes mit der Interpretation der Klauseln des Völkerbundsstatuts zusammenhängen. Infolgedessen sei die Formel, die die Bestimmungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthalten, zum bedeutendsten Gegenstand der Verhandlungen geworden, während andere Punkte, die man ursprünglich als schwierige Hindernisse angesehen hatte, ganz in den Hintergrund getreten seien. Wenn man sich einmal darüber geeinigt habe, daß ebensoviele Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Polen wie zwischen Deutschland und Frankreich bestehe, dann wäre der Militärvertrag zwischen Frankreich und Polen ein Dokument von untergeordneter Bedeutung. Der einzige Fall, der alsdann für die Heranziehung dieses Militärvertrages verbleiben würde, sei der eines frappanten Bruches des Friedens durch Deutschland. In einem solchen Falle würden die durch den Pakt Frankreich auferlegten Einschränkungen natürlich wegfallen, und Frankreich würde es freistehen, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen, falls Polen das Opfer eines Angriffs werden sollte, genau so gut, wie es Polen freistehen würde, Frankreich beizuhelfen, wenn Frankreich angegriffen würde. (Z. U.)

Frankreich und die Ostgarantie.

Paris, 13. Okt. Der Dava-Sonderberichterstatter schreibt: Der Standpunkt Frankreichs hinsichtlich der Garantieung der Ostverträge ist folgender: Frankreich wünscht sich die Hände frei zu lassen für den Fall eines flagranten deutschen Angriffes gegen Polen oder die Tschecho-Slowakei, und möchte in diesem Falle das Recht haben, den beiden Ländern zu Hilfe zu kommen. Für den Fall einer Verletzung der Schiedsgerichtsverträge, bei der das Schuldverhältnis nicht offensichtlich wäre, aber nur für diesen Fall, werde sich Frankreich damit einverstanden erklären, daß seine Garantie erst nach Urteilsfällung durch den Völkerbund in Kraft trete.

Die Pariser Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit der Garantie der Ostverträge durch Frankreich. „Le Figaro“ sagt folgendes: Die Garantie der Verträge zwischen Deutschland und Polen und Deutschland und der Tschecho-Slowakei sei gegenwärtig die größte Schwierigkeit auf der Konferenz. Die Deutschen halten unerschütterlich an ihrem Standpunkt fest, daß sie einer einseitigen und direkten Garantie Frankreichs für Polen und die Tschecho-Slowakei nicht zustimmen. Sie fordern eine Internationalisierung dieser Garantie unter Hinweis auf Artikel 10 des Völkerbundsstatuts. Wahrscheinlich wird man zu einer Lösung gelangen, wonach Frankreich in jedem Falle nur als Beauftragter des Völkerbundes vorgehen würde.